



Stefan Meiners  
Fraktionsvorsitzender

Daniel Zielinski  
Fraktionsvorsitzender

Voerde, 25.03.2021

Gemeinsame Presseerklärung zum „Sicheren Hafen Voerde“

Im Stadtrat am 23.03.2021 wurde unter der Drucksache 17/150 der Antrag der Fraktion Die PARTEI Voerde behandelt. Dieser hat zum Inhalt, Voerde zum „Sicheren Hafen“ zu erklären. Die Intention dieses Antrags ist dem Antrag von Bündnis 90 / die Grünen Voerde aus Juni des vergangenen Jahres, als Die PARTEI noch nicht dem Rat unserer Stadt angehörte, ähnlich.

Wie auch der Grüne Antrag wurde der Antrag der Fraktion Die PARTEI von einer Ratsmehrheit abgelehnt. Schon im vergangenen Sommer enthielt sich die SPD-Fraktion mit Ausnahme des Ratsherren Joachim Kinder vollständig, nachdem der Fraktionsvorsitzende ausführlich erklärt hat, warum man inhaltlich eigentlich voll dahinter stünde. Das Abstimmungsergebnis war jedoch auf Grund der geänderten Ratszusammensetzung deutlich knapper als bei der letzten Entscheidung. Es hätten nur drei SPD-Ratsmitglieder mehr ihrem Gewissen folgen müssen, um Voerde zu einem sicheren Hafen erklären zu können.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU Voerde erklärte die Ablehnung seiner Fraktion unter anderem mit der inzwischen als Falsch belegten Behauptung eines Pull-Effektes, nachdem Sichere Häfen mehr Menschen zur Flucht verleiten würden. Die Absurdität dieser Behauptung wird schon beim Lesen des vorherigen Satzes deutlich.

Der Fraktionsvorsitzende der FDP ließ sich sogar zu der Behauptung hinreißen, dass Voerde am Rande seiner Leistungsfähigkeit sei, was die Integration geflüchteter Menschen angehe. Dies tat er, obwohl in der vergangenen Sitzung des Integrationsrates, dessen Mitglied er ist, detailliert aufgezeigt wurde, dass die Unterbringungsmöglichkeiten zurzeit nicht ausgelastet sind.

Der Hinweis des 1. stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Partei Die PARTEI Kai Rosengart, dass man sich auch in Zukunft erneut über das Thema unterhalten müsse, verleitete ihn sogar dazu, das Ansinnen von Grünen und Die PARTEI in die Nähe totalitärer Regime zu rücken.

Auch die Erläuterung der Verwaltung, dass Voerde derzeit nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl von Geflüchteten beheimatet und hier weniger als 50% der Betroffenen leben, die wir zur Hochphase der Flüchtlingskrise betreuten, konnte das Abstimmungsergebnis nicht verändern.

Man kann nur bestürzt feststellen, dass sich die CDU in Voerde offensichtlich vollständig von ihren christlichen Leitmotiven, wie der Nächstenliebe, verabschiedet hat. Und auch das „Zukunftsprogramm“ der SPD, das besonders die Kommunen Europas befähigen möchte, Geflüchteten eine sichere Bleibe zu bieten, scheint noch nicht bis Voerde durchgedrungen zu sein.

Wer nach den schrecklichen Bildern aus den Flüchtlingslagern in Griechenland und der Türkei, Serbien o. ä. immer noch so Politik macht, ist weder christlich noch sozial geleitet. Hier wird nicht nur gegen einen Antrag gestimmt, hier wird gegen ein menschenwürdiges Dasein für die Hilfsbedürftigen der Welt gestimmt.

Besonders schmerzt uns der fehlende Mut der Sozialdemokraten in Voerde. Denn von der CDU Voerde erwartet man schon seit längerem keine Politik für hilfsbedürftige Menschen. Sie hat in der Vergangenheit ihren Standpunkt gegenüber Geflüchteten, aber auch finanziell schwachen Bürger\*innen mehr als deutlich gemacht. Dass aber auch die SPD nicht gewillt ist, wenigstens eine Entscheidung für das menschenwürdige Leben zu treffen, ist deprimierend.

Oftmals wurde sich auf den einen Antrag der SPD aus dem Jahr 2015 berufen, der ein Signal senden sollte. Doch ein Signal reicht nicht mehr, wenn sechs Jahre später immer noch Menschen im Mittelmeer ertrinken. Sicherlich sind den Kommunen in vielerlei Hinsicht die Hände gebunden, aber sollte uns das daran hindern, zusammen mit vielen anderen Städten Deutschlands Solidarität zu zeigen?

Die Fraktionen der Grünen und der PARTEI werden das weitere Vorgehen nun beraten. Fest steht jedoch, dass beide Parteien und Fraktionen nicht aufhören werden, sich für ein menschenwürdiges Leben aller Menschen einzusetzen. Und hier hoffen wir natürlich auch auf die Wählerinnen und Wähler, die im September bei der Bundestagswahl auch über die Kurse der CDU und SPD mitentscheiden - und im Vorfeld durchaus ihre Meinung kundtun können.